

AKTUELL

FINANZINDUSTRIE

Milliarden gegen das Klima

Joël Adami

256 Milliarden Euro haben europäische Banken seit Ende 2015 an Unternehmen vergeben, die Ökosysteme zerstören. Das besagt zumindest eine Studie, die von Umwelt-NGOs in Auftrag gegeben wurde.

Am vergangenen Dienstag veröffentlichten die Umweltorganisationen Greenpeace, Milieudefensie und Harvest einen Bericht über klima- und umweltschädliche Kredite europäischer Banken. Die Daten wurden von der Forschungsorganisation Profundo zusammengestellt und von den NGOs analysiert. Die Analyse konzentrierte sich dabei auf die Finanzierung von Unternehmen, deren Aktivitäten ein hohes Risiko bergen, Ökosysteme zu zerstören. Es handelt sich um Firmen, die Soja, Rinder, Palmöl, Kautschuk und Holz produzieren, verarbeiten oder handeln. Ihre Aktivitäten führen oft zu Rodungen, Entwaldung und Zerstörung von Ökosystemen, dies insbesondere im globalen Süden.

22 Prozent der Kredite, die diese Firmen erhalten, stammten zwischen 2016 und Anfang 2023 von Banken aus der Europäischen Union, wie etwa BNP Paribas, Santander, Deutsche Bank oder ING Group. An erster Stelle liegen die USA, mit 22,7 Prozent. Die Mehrheit der europäischen Kredite kam von Banken mit Sitz in Frankreich, den Niederlanden, Deutschland und Spanien. Doch auch Luxemburg spielte eine Rolle: Laut der Analyse von Profundo zeichneten Finanzinstitute mit Hauptsitz in Luxemburg im Untersuchungszeitraum für schätzungsweise 276 Millionen Euro Kredite und 753 Millionen Euro Investitionen in große Unternehmen verantwortlich, deren Tätigkeiten ein Risiko für die Ökosysteme darstellen.

Luxemburg ist beteiligt

Greenpeace Luxemburg betont jedoch, dass es sich nicht um „eine umfassende Analyse des gesamten luxemburgischen Finanzsektors“ handle. „Vier der fünf Finanzinstitute, die die höchsten Kreditbeträge an Unternehmen in Ökosystem-Risikosektoren vergeben haben, sind auch in Luxemburg vertreten. Solange es Lücken in der Gesetzgebung gibt, sind diese Finanzakteure nicht davor gefeit, in die Finanzierung von Entwaldung verwickelt zu werden“, so Martina Holbach, Campaignerin bei Greenpeace Luxemburg. An der Bank BNP Paribas, die fünf der sechs untersuchten Unterneh-

mensgruppen finanziert hat und die größte Kreditgeberin für diese Firmen in der EU ist, hält der luxemburgische Staat übrigens eine kleine Beteiligung.

Bereits 2017 ergab eine Studie des WWF, dass der Konsum innerhalb der EU für 16 Prozent der Entwaldung in tropischen Gebieten verantwortlich ist, was vor allem auf Exporte von Soja (für Tierfutter), Palmöl und Rindfleisch zurückzuführen ist. Die NGO AidEnvironment konnte Verbindungen zwischen der Entwaldung in Brasilien und den Lieferketten von vier der sechs Unternehmensgruppen, die in der aktuellen Studie untersucht wurden, feststellen. Abgeholzt wurden über 270.000 Hektar – eine Fläche, die größer als Luxemburg ist. Doch sollte die im Mai verabschiedete EU-Verordnung gegen die Abholzung von Wäldern solche Praktiken nicht stoppen?

Anti-Entwaldungsgesetz auch für Banken?

Grundsätzlich sollen Unternehmen dadurch verpflichtet werden, nur solche Produkte in der EU zu verkaufen, die ohne Entwaldung produziert wurden. Allerdings beziehen sich die aktuellen EU-Regeln lediglich auf physische Produkte, nicht auf Finanzdienstleistungen. Aktuell können die Banken also ohne Problem jene Firmen finanzieren, die den Regenwald abholzen oder mit gigantischen Monokulturen die Umwelt gefährden. Allerdings will die Europäische Kommission bis 2025 die Rolle der Finanzindustrie bei der Entwaldung prüfen und eventuell auch einen entsprechenden Gesetzesvorschlag einbringen. Ob und mit welcher Härte dieses Vorhaben umgesetzt wird, hängt auch vom Ausgang der EU-Wahlen ab.

Im Bericht der NGOs finden sich auch Forderungen an die EU. So soll die Union „spezifische Verpflichtungen für Finanzinstitute einführen, um sicherzustellen, dass ihre Finanzströme weder direkt noch indirekt zur Umwandlung und Verschlechterung von Ökosystemen und damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen beitragen“. Diese Verpflichtungen sollen laut Wunsch der NGOs auch für Versicherungen gelten. Die Umweltorganisationen wünschen sich, dass alle Unternehmensgruppen, bei denen ein Risiko besteht, dass sie zur Zerstörung von Ökosystemen beitragen, von Finanzierungen durch europäische Banken ausgeschlossen werden.

SHORT NEWS

Prestations sociales : le surplus frontalier

(fg) – En 2022, 3,5 milliards d'euros de prestations sociales diverses ont été versés aux 222.000 frontaliers et frontalières travaillant au Luxembourg, indique le dixième avis annuel de la fondation Idea, publié le 21 mars. Mais, dans le même temps, leurs impôts (1,65 milliard) et leurs cotisations (3,44 milliards) rapportaient un peu plus de 5 milliards d'euros, soit un solde positif de 1,5 milliard d'euros. En la matière, frontaliers et frontalières rapportent donc davantage aux caisses publiques qu'ils et elles ne leur coûtent. Mais, note le think tank de la Chambre de commerce, depuis trois ans, les dépenses progressent davantage (+31 %) que les recettes (+23 %) et la hausse est « particulièrement soutenue » pour le versement des pensions (+38 %). Autre leçon à retenir : alors que les non-résident-es représentent 44 % de l'emploi total, leur part dans les rémunérations versées n'atteint que 40 %, conséquence « de la surreprésentation des frontaliers dans les salaires inférieurs », déduit le document. Au total, 15,1 milliards d'euros de salaires ont été versés aux frontaliers et aux frontalières en 2022, rapporte Idea, dont l'« Avis annuel 2024 », intitulé « Le Luxembourg au rAAAlenti ! » confirme le ralentissement de l'économie nationale.

Luxemburg-Stadt veröffentlicht Mobilitätsplan

(ja) – Mit sehr viel Verspätung wurde der Mobilitätsplan der Hauptstadt am vergangenen Mittwoch endlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Arbeiten daran, wie eine Onlineumfrage und Bürger*innenversammlungen, hatten bereits 2021 begonnen. Herausgekommen ist ein 129-seitiges Dokument, das vor allem aus einer Beschreibung des Ist-Zustandes besteht und wenige konkrete Pläne im Bereich Fuß- und Radverkehr enthält. So werden viele Maßnahmen lediglich vorgeschlagen, ohne dass ersichtlich wäre, welche umgesetzt werden sollen und welche nicht. Auch das Kapitel über Verkehrsberuhigung und Tempolimits ist sehr vage gehalten. Eine Neuigkeit sorgte jedoch gleich für Unmut: Eine eigentlich geplante zweite Tramtrasse durch die Innenstadt wird in den nächsten zehn Jahren nicht umgesetzt. Das, weil man in der Avenue de la Porte-Neuve keine Autospur opfern möchte. Der Nicht-Bau dieser Strecke bedeutet, dass der Takt sich von drei auf sechs bis acht Minuten erhöhe, erklärte Verkehrsschöffe Patrick Goldschmidt (DP). Am Donnerstagmorgen kritisierte DÉI Gréng-Gemeinderat François Benoy die Herbeiführung dieses Flaschenhalseffektes. Bürgermeisterin Lydie Polfer (DP) führt also nicht nur weiterhin einen Kampf gegen den Radverkehr, sondern wieder einmal auch gegen die Tram.

woxx@home

Radikal mit Rieslingspaschtéit

Wenn man einen eben verfassten Text in die Korrektur gibt, kommt dieser nicht selten mit vielen roten Markierungen zurück. Es gibt aber auch Ausnahmen, bei denen kaum noch Arbeit nötig ist. Oft gilt das für Texte von Raymond Klein. Der feilt so lange daran, bis es oft nur mehr ein Komma oder einen fehlenden Buchstaben zu korrigieren gibt. Genauso peinlich genau führte er seine Recherchen für die woxx durch: Nicht selten wuchsen die von ihm gesammelten Informationen zu einem Thema auf einen erstaunlichen Umfang an, ehe er den ersten Artikel dazu schrieb. Er fühlte sich journalistischen Standards streng verpflichtet und wollte doch auch mehr sein als nur ein Journalist. Ob zu Themen wie Klima, Krieg und Frieden oder soziale Gerechtigkeit: Immer nahm er eine gesellschaftskritische Perspektive ein, die nicht nur an der Oberfläche kratzen, sondern den Kern eines Problems anvisieren wollte. Sie merken schon, liebe Leser*innen: Die letzten paar Sätze sind in Vergangenheitsform formuliert. Raymond Klein wird uns Ende dieses Monats verlassen. Für die woxx bedeutet das, einen insbesondere auch gegenüber Redaktionsneulingen sehr hilfsbereiten, allgemein diskussionsfreudigen und daher manchmal auch unbequemen Kollegen zu verlieren. Auf unseinen woxxenenden hat er sich nicht nur als Genießer gezeigt, sondern uns auch immer mit erstklassigem Whisky verwöhnt. Ob wir nicht nur ihn, sondern auch die Rieslingspaschtéit, die er sich manchmal schon vor zwölf Uhr während der Redaktionskonferenz gönnen, vermissen werden, ist allerdings noch nicht ganz ausgemacht ...